

A-077/2019	<b>Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin</b> 26.11.2019	
	7602	BWa

## Beschlussantrag Nr. BA-076/2019

**Einreicher:**  
Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/DIE Partei

**Gegenstand:**  
Erarbeitung eines jährlichen Sozialreports

Kostendeckungsvorschlag:  
(Produktuntergruppe)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status öffentlich/ nichtöffentlich	Beratungsergebnis		
			bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Sozialausschuss	23.01.2020	nicht öffentlich			
Stadtrat	05.02.2020	öffentlich			

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung legt im 1. Halbjahr 2020 dem Stadtrat einen Sozialreport für das Jahr 2019 vor. Dieser Report ist jährlich fortzuschreiben.

Es werden u. a. folgende Themen vorgeschlagen (entspricht einer Empfehlung des Sächsischen Sozialministeriums):

- Erwerbstätigkeit und Einkommen, Familien- und Unterstützungsleistungen
- Senior\_innen
- Kinder und Jugendliche
- Gesundheit
- Pflege
- Drogen und Sucht
- Menschen mit Behinderungen

*i. A. Anja Schale*

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

**Begründung:**

Seit dem Jahr 2014 erfolgt eine Sozialberichterstattung des Sozialamtes, des Amtes für Jugend und Familie und des Gesundheitsamtes, die aller zwei Jahre fortgeschrieben wird. Dem Anliegen, die soziale Situation der Chemnitzer Bevölkerung regelmäßig zu beobachten, um daraus vorausschauen handeln zu können, wird diese Berichterstattung nicht vollumfänglich gerecht.

Inhalt der vorliegenden Sozialberichterstattungen sind insbesondere die Leistungen der Kommune in den drei Ämtern. Diese geben nur bedingt Auskunft über die soziale Lage der Menschen in Chemnitz, zudem liegen keine Analysen zu den einzelnen Stadtteilen und damit Schwerpunkten des sozialen Umfeldes vor.

Das Ziel des Sozialreports muss die Beschreibung und Analyse der sozialen Lage der Menschen in Chemnitz sein. Eine komplexe Beschreibung ihrer Lebenslagen und ihrer Entwicklungen in den vergangenen Jahren (seit 2014) bedarf besonderer Aufmerksamkeit, insbesondere Aussagen nach Stadtteilen.

Um die Komplexität zu erreichen, ist eine andere Gliederung nach Sachthemen zielführend. So wird eine Gliederung wie im Beschlusstext vorgeschlagen, die auch erweitert werden kann.

Besonders ins Blickfeld müssen Kinder und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren gerückt werden. Immer mehr Personen, die einer Tätigkeit nachgehen, verdienen kaum ihren Lebensunterhalt, da die Vergütung nach Tarifen rückläufig ist.

Die kommunalen Leistungen sind in Relation zu den tatsächlichen Lebensverhältnissen in den Stadtteilen darzustellen. Dieser Aspekt wird in der jetzt vorliegenden Form der Berichterstattung nicht ausreichend bewertet.